

# Antrag

**Initiator\*innen:** Thomas Wolff

**Titel:** Kritik der vorgeschlagenen  
Satzungsänderungen und des Prozesses dazu

## Antragstext

1 Der Bundesvorstand hat über eine „Satzungskommission“ Satzungsänderungen  
2 vorbereitet, die geeignet sind, die Tradition der Basisdemokratie, auf die wir  
3 Grünen jahrzentelang stolz waren, und um die uns Mitglieder anderer Parteien  
4 beneiden, stark zurückzudrängen, und im Verfahren zu Parteibeschlüssen letztlich  
5 faktisch abzuschaffen.

6 Das zur Einreichung von Anträgen durch Mitglieder erforderliche Quorum soll so  
7 hoch gesetzt werden, dass – zumal bei weiterem Parteiwachstum – kaum noch  
8 Mitglieder in der Lage wären, für Anträge Unterstützung zu finden.  
9 Ausgleichende Maßnahmen, die mehrfach diskutiert wurden, insbesondere die  
10 Unterstützungs-Suche im Antragstool, wurden unter den Tisch fallen gelassen.

11 Ortsverbänden soll das Antragsrecht komplett entzogen werden. Damit würden  
12 einige engagierte Ortsverbände, die in der Vergangenheit zu programmatischen  
13 Verbesserungen beigetragen haben, kaltgestellt.

14 Weitere fragwürdige Änderungen, die zum Teil auch von den  
15 Bundesarbeitsgemeinschaften kritisiert werden, betreffen die weitere Aufweichung  
16 der Amts- und Mandatstrennung und andere Fortentwicklungen zu einer  
17 Funktionärspartei.

18 Um diese Änderungen durchzupauken, wurde ein Weg unter mehrfacher Verletzung  
19 demokratischer Gepflogenheiten beschritten:

- 20 • Einsetzung einer satzungswidrig geheim tagenden Kommission
- 21 • handverlesene Besetzung der Kommission mit überwiegend Funktionären
- 22 • Auch die 4 Vorzeige-Basismitglieder der Kommission sind teils Funktionäre
  
- 23 • Übernahme von 80% der Kommissionsempfehlungen, Geheimhaltung der übrigen
  
- 24 • Webinare zur Indoktrination der Mitglieder
- 25 • keine kritischen Wortbeiträge, nur F&A-Chat
- 26 • kritische Fragen werden nur selektiv beantwortet
  
- 27 • Täuschende Darstellung der Auswirkung der Änderungen („mehr Beteiligung“)
- 28 • im Schreiben an Kreis- und Ortsverbände
- 29 • im Botschaften-Papier
  
- 30 • falsche Argumentation, die die Antragsflut faktenwidrig der Basis anlastet
- 31 • in der „Einordnung: Einzelantragsteller\*innen“ zum Antragstext
- 32 • in Webinaren
- 33 • vermutlich auch schon in der Satzungskommission
  
- 34 • Einführung eines zahnlosen „Mitgliederrats“ zur Ablenkung
- 35 • mit nur ein paar Dutzend geloster Mitglieder kann die propagierte
- 36 Nutzbarmachung fachlicher Kompetenzen nicht erreicht werden
- 37 • mit der Beschränkung auf ein Thema pro Jahr kann das nur als Alibi wirken
  
- 38 • Urabstimmung zur Umgehung des Beschlusses auf einer BDK:
- 39 • keine Änderungsanträge – Vermeidung demokratischer Diskussion
- 40 • angeblich einfache Mehrheit genügend – satzungswidrige Umgehung der 2/3-
- 41 Mehrheit
  
- 42 • Ignoranz alternativer Vorschläge, die BDKen übersichtlicher zu machen
- 43 • bessere Programmentwürfe würden zu weniger Änderungsanträgen führen
- 44 • Koordinierung von Anträgen im Tool würde Anträge reduzieren
- 45 • Ausgleichsmaßnahmen zur Milderung der Änderungen (offenes Antragstool)
- 46 wurden in Vorab-Diskussionen begrüßt und später fallengelassen

47 Mit dieser leider umfangreichen Auflistung soll für die Gefährdung der  
48 Basisdemokratie und die unlautere Vorgehensweise sensibilisiert werden.  
49 Außerdem möchte ich folgende Beschlussanträge stellen:

50 1.

51 Der KV Charlottenburg-Wilmersdorf legt Parteimitgliedern nahe, die

52 vorgeschlagenen Satzungsänderungen kritisch zu betrachten und deren  
53 mögliche negative Auswirkung auf die Mitgliederbeteiligung an  
54 Parteibeschlüssen zu berücksichtigen.

55 2. (weitergehend)

56 Der KV Charlottenburg-Wilmersdorf missbilligt die Vorgehensweise  
57 der Parteiführung zur Urabstimmung über fragwürdige Satzungsänderungen  
58 und legt Parteimitgliedern nahe, die Änderungen zu Lasten der  
59 Basisdemokratie abzulehnen.